

Niederschrift Nr. 33 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 23.09.1999

Sitzungsort:
im Ratssaal, Verwaltungsgeb. II,

Sitzungsdauer:
17.00 Uhr - 19.30 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsherr Richard Woldmer - Vorsitzender -
Ratsherr Johann Südhoff
Ratsherr Dieter Dilling
Ratsherr Reinhard Docter
Ratsherr Richard Janssen
Ratsherr Wilhelm Jerems
Beigeordneter Wilhelm Leeker
Ratsfrau Marianne Pohlmann
Ratsherr Ihno Slieter
Ratsherr Johann Wessels

für II. Bürgermeister Eiwin Scholl
für Ratsherrn Hans Abels

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz
Ratsherr Uwe Hellmann
Ratsfrau Monika Hoffmann
Ratsherr Hinrich Odinga

für Ratsherrn Ahlrich Groeneveld

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Günter Strelow

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

Ratsherr Erich Bolinius

Beratende Mitglieder

Herr Wübbo Krüzinga
Herr Rainer von Hoorn
Herr Johann Janssen
Frau Birgit Koschnick
Herr Helmut Zimmermann

von der Verwaltung

Stadtbaurat Jan Röttgers
Städt. Oberamtsrat Wolfgang Münch
Städt. Bauoberrat Andreas Docter
Dipl.-Ing. Rainer Kinzel
Dipl.-Ing. Norbert Tilmann
Stadtamtmann Richard Lücht als Protokollführer

Niederschrift Nr. 33 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 23.09.1999

7 Zuhörer
2 Vertreter der örtlichen Presse

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Woldmer eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen und beschlussfähig ist.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Herr Röttgers bittet zum Tagesordnungspunkt 9 - Vorlage Nr. 13/999 - einen Mitarbeiter der Bezirksregierung Weser-Ems zur Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie in Niedersachsen anzuhören und deswegen die Beratung vorzuziehen. Des Weiteren solle aus terminlichen Gründen wegen des gleichzeitig stattfindenden Bunkersymposiums im Anschluss aus dem Tagesordnungspunkt 11 der Gestaltungsentwurf den Bahnhofsvorplatzes vorgestellt werden.

Gegen die Änderung der Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 32 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 02.09.1999

Herr Lücht weist bezüglich der Beschlüsse zu den Tagesordnungspunkten 6 - 9 auf einen redaktionellen Fehler der Beschlussempfehlung hin. Da die Zuständigkeit des Rates gegeben sei, könne der Stadtplanungsausschuss nur vorbereitende Beschlüsse zur Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses für den Rat fassen.

Beschluß: Die Niederschrift Nr. 32 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 02.09.1999 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 9: Vorlage 13/999
Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie in Niedersachsen (2. Tranche)
- Beteiligungsverfahren für 9 zusätzliche Gebiete

Herr Marotz von der Bezirksregierung Weser-Ems als Obere Naturschutzbehörde erläutert die Hintergründe und die zeitlichen Vorgaben bei der Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Richtlinie in Niedersachsen. Für den Bezirk Weser-Ems sei beabsichtigt, dem Umweltministerium im Oktober 9 zusätzliche FFH-Gebiete zu melden. Die Stadt Emden sei durch das FFH-Gebiet Hund- und Paapsand und durch die Erweiterung des FFH-Gebietes Dollart betroffen. Bis Ende September könne die Stadt zu diesem Vorschlag Stellung nehmen. In einer regen Diskussion zeigt sich im Ausschuss große Irritation bezüglich der bereits ausgewiesenen EU-Vogelschutzgebiete, die von den Darstellungen in den Karten abweichen, die der Stadt vorliegen. **Herr Marotz** erklärt, dass die Ausweisung von Vogelschutzgebieten nicht Gegenstand des jetzigen Verfahrens sei. Er sei überrascht über den

Niederschrift Nr. 33 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 23.09.1999

Gesprächsverlauf, da das Kartenmaterial seit einigen Jahren unverändert vorliege. Auf Fragen von **Herrn Bolinius** und **Herr Bongartz** nach Auswirkungen hinsichtlich des Projektes einer Brückenverbindung über den Dollart sowie der industriellen Entwicklung des Hafens am Südkai weist **Herr Marotz** auf mögliche Beeinträchtigungen hin, die in Verträglichkeitsprüfungen genau untersucht werden müssten.

Herr Röttgers fasst das Ergebnis der zu beschliessenden negativen Stellungnahme der Stadt Emden im Beteiligungsverfahren zusammen. Insbesondere bemängelt er das Fehlen qualifizierter gutachterlicher Aussagen, wie sich die FFH-Vorschlagsgebiete auf die bereits längerfristig beschlossenen städtischen Entwicklungsflächen am Rysumer Nacken und auf die Hafententwicklung insbesondere am Südkai auswirkten.

Beschluss: Der Stadtplanungsausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Die in der Anlage dieser Vorlage beigefügte Stellungnahme der Stadt Emden wird der Bezirksregierung Weser-Ems zur Berücksichtigung der vorgebrachten Bedenken übersandt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 11: Mitteilung des Oberbürgermeister

Bahnhofsvorplatz
- Erläuterung des Entwurfes -

Herr Tilmann stellt den Entwurf zur Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes im Einzelnen vor. Die Kosten für die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes werden mit rund 8,7 Mio. DM abgeschätzt. Im Rahmen des GVFG sei ein Zuschuss in Höhe von 75 % der Kosten angemeldet worden, so dass ein städtischer Eigenanteil von rund 2,7 Mio. DM verbleibe. **Herr Röttgers** führt ergänzend aus, dass im Haushaltsentwurf ein Teilbetrag zur Anschubfinanzierung und der Rest über die mittelfristige Finanzplanung eingeplant werde. Auf Nachfrage von **Herrn Dilling** und **Herrn Hellmann** stellt

Herr Röttgers fest, dass die ehrenamtlich angelegte Minibahn-Anlage des eingetragenen Vereins der Emdener Modell- Dampf Freunde am Bunker weichen und ein anderer geeigneter Standort in der Stadt gefunden werden müsse.

Herr Leeker gibt zu bedenken, dass der städtische Eigenanteil mit rund 2,7 Mio. DM sehr hoch sei und warnt davor, die dringend notwendigen Straßensanierungen in den Stadtteilen zu Gunsten dieses Projektes zu vernachlässigen.

- **Herr Bolinius** verlässt die Sitzung. -

Punkt 4: Vorlage 13/673/4
2. Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan D 138 (Stadtteil Borssum, östlich Wykhoffweg, südwestlich, Kleingartenanlage "Heimaterde", nordwestlich Borssumer "Alte Maar", nördlich des Baugebietes D 119 "Ginsterweg")

Niederschrift Nr. 33 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 23.09.1999

Beschluss: Der Stadtplanungsausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Emden schließt mit der Fa. Emden Bau und Boden GmbH den 2. städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 BauGB zum Bebauungsplan D 138.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Vorlage 13/674/2
Bebauungsplan D 138 (Stadtteil Borssum, östlich Wykhoffweg, südwestlich Kleingartenanlage "Heimaterde", nordwestlich "Borssumer Alte Maar", nördlich des Baugebietes D 119 "Ginsterweg")
- Satzungsbeschluss (Stadium III)

Beschluss: Der Stadtplanungsausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Anregungen und Bedenken der Anwohner des Wykhoffweges werden nicht berücksichtigt.
Der Bebauungsplan D 138 nebst Begründung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 6: Vorlage 13/994
X. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung des Erschließungsbeitrages in der Stadt Emden vom 28.03.1973

Beschluss: Der Stadtplanungsausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die der Vorlage Nr. 13/994 als Anlage beigefügte X. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung des Erschließungsbeitrages in der Stadt Emden vom 28.03.1973 wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 7: Vorlage 13/827/2
Bebauungsplan D 130 (Nesserland, Verkehrsanbindung Borkumkai/Außenhafen)
- öffentliche Auslegung (Stadium II)

Herr StreLOW spricht sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eindeutig für den Erhalt des Zollhauses aus. Die in der Abwägungsempfehlung der Verwaltung genannten Kosten-

Niederschrift Nr. 33 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 23.09.1999

gründe seien überhöht dargestellt und müssten bei der Abwägung Abriss oder Erhalt des Gebäudes als zweitrangig eingeordnet werden.

Herr Docter verteidigt die sachgerecht ermittelten Mehrkosten, die sich in einer Marge zwischen 2 bis 3 Mio. DM bewegen.

- **Herr Leeker** verlässt die Sitzung. -

Beschluss: Der Stadtplanungsausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Entwurf und die Entwurfsbegründung des Bebauungsplanes D 130 werden gemäß § 3 Abs. 2 BauGB auf die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dafür: 12
Dagegen: 1
Enthalt.: 1

Punkt 8: Vorlage 13/789/2
Bebauungsplan G 8 A - mit gestalterischen Festsetzungen - (Wybelsum, westliche Erweiterung des Bebauungsplangebietes G 8, südlich des Niederemsischen-Deichacht-Schlootes)
- Satzungsbeschluss (Stadium III)

Beschluss: Der Stadtplanungsausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Anregung der Unteren Jagdbehörde wird nicht berücksichtigt. Die Anregung der Bezirksregierung Weser-Ems wird berücksichtigt. Der Bebauungsplan G 8 A - mit gestalterischen Festsetzungen - nebst Begründung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 10: Vorlage 13/871/3
Durchführung der Sanierungsmaßnahme Emden-Barenburg

Herr Lücht weist auf die Grundzüge des Förderprogramms und die Ergebnisse der bereits erläuterten vorbereitenden Untersuchungen hin. Die Verwaltung strebe an, nach einer in Kürze erwarteten positiven Entscheidung über eine Programmaufnahme die vorbereitenden Untersuchungen durch förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Barenburg als Satzung in der nächsten Ratssitzung im Dezember abzuschließen. In dieser Sitzung sollten dann im Einzelnen die notwendigen Maßnahmen und das sanierungsrechtliche Abwägungsverfahren vorgestellt werden.

Herr Südhoff spricht sich für die SPD-Fraktion für eine Zustimmung zur Vorlage aus. Auch **Herr Bongartz** begrüßt das Sanierungsprojekt in Barenburg, äußert sich jedoch kritisch

Niederschrift Nr. 33 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 23.09.1999

dazu, statt eines Abbruches oder Rückbaus der "Glaspaläste" in der Klein-von-Diepold-Straße alternativ eine aufwendige Wohnungsmodernisierung und Instandsetzung in diesem Bereich zu betreiben.

Frau Koschnick regt eine Einbeziehung der Agenda 21-Gruppen in das Sanierungsverfahren an.

Herr Krüzinga verweist auf Erfahrungen aus den Niederlanden, zur Vermeidung sozialer Konflikte Ausländer mit vorübergehendem Aufenthalt getrennt voneinander und dezentral unterzubringen. Er bittet um Prüfung, ob dieses Modell auf den Stadtteil Barenburg übertragbar sein könnte.

Herr Lücht weist darauf hin, dass bei der förmlichen Festlegung als Sanierungsgebiet die anzustrebenden allgemeinen Ziele der Sanierung im Rahmen der vorbereitenden Untersuchung nach entsprechender sanierungsrechtlicher Abwägung durch den Rat bestimmt würden. Nach förmlicher Festlegung des Sanierungsgebietes gelte es die Ziele und Zwecke der Sanierung unter Berücksichtigung einer städtebaulichen Gesamtkonzeption nebst Rahmenplan zu konkretisieren.

Beschluss: Der Stadtplanungsausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Sanierungsmaßnahme Emden-Barenburg "Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt" wird durchgeführt, sobald Städtebauförderungsmittel bewilligt werden. Die Stadt Emden ist bereit, den durch Einnahmen und durch Städtebauförderungsmittel des Landes nicht gedeckten Teil der Kosten der Gesamtmaßnahme aufzubringen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 11: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Vorlage 13/233/2
Bericht des Gewässerschutzbeauftragten

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Vorlage 13/865/1
Interreg II C Projekt Watercity International

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Vorlage 13/871/2
Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchung für das geplante Sanierungsgebiet Barenburg

Wurde bereits unter Punkt 10 erläutert.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 33 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 23.09.1999

Vorlage 13/995

Vereinbarung zwischen den Städten Aurich, Emden, Leer, Norden, Papenburg und Wittmund zu großflächigem Einzelhandel

Ergebnis: Kenntnis genommen.

- **Herr Bongartz** verlässt die Sitzung. -

Punkt 12: Anfragen

a) Bebauungsplan D 67, 1. Abschnitt (Siedlung Conrebbersweg, südlich Conrebbersweg)

Herr Richard Janssen bemängelt, dass im Bebauungsplanverfahren eine Planvariante mit dem Bau einer neuen Straße vorgestellt worden sei; dies habe wegen der Belastung mit Erschließungsbeiträgen zu Irritationen im Stadtteil geführt.

Anmerkung des Protokollführer:

Im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung sind die Bürger über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung und sich wesentlich unterscheidenden Lösungen sowie die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten. In diesem Sinne wurde die Planvariante mit ausdrücklichem Bezug auf Top 9 der öffentlichen Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 18.03.1999 (Vorlage Nr. 13/807) öffentlich ausgestellt.

b) Ilok Kohleveredelung

Auf Frage von **Herrn Strelow** nach dem Verfahrensstand erklärt **Herr Röttgers**, dass noch keine Entscheidung getroffen sei, jedoch voraussichtlich Cuxhaven den Zuschlag erhalten werde.

c) Radwanderweg am Binnenhafen

Auf Frage von **Herrn Strelow** erklärt **Herr Röttgers**, der Vorgang befinde sich wegen der Kostenermittlung beim Hafenamts in Bearbeitung.

d) Isensee-Stiftung, Ruhestörung

Herr Krüzinga beklagt die Störung der Wohnruhe in der Isensee-Stiftung durch Schüler und Jugendliche auf dem Schulweg zur BBS.

Herr Röttgers erklärt, dass im Rahmen der EXPO 2000 eine Verlängerung des Fußweges am Wasser zur BBS geplant werde und damit die Beeinträchtigungen für die Siedlung gemindert würden.

e) Ausschreibung Bolardusstraße

Herr Hellmann fragt, wann mit der baulichen Unterhaltung der Bolardusstraße begonnen werde.

Niederschrift Nr. 33 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 23.09.1999

Anmerkung des Protokollführers:

Nach Angaben des Bau- und Entsorgungsbetriebes wird mit der baulichen Unterhaltung der Bolardusstraße in der nächsten Woche (41. Kalenderwoche) begonnen werden.

f) L2 "Kurve" Borssum

Auf Frage von **Frau Pohlmann** erklärt **Herr Röttgers**, dass es nur zwei Möglichkeiten gebe, die Beeinträchtigungen der Anwohner durch Lärm sowie durch Erschütterungen zu vermindern. Neben einer Neuverlegung der Straßenrinne sowie der Gullys ist alternativ eine Änderung des Straßenquerschnitts denkbar. Diese Alternative führt jedoch zu einem Wegfall des Parkstreifens und stößt daher nicht auf Akzeptanz bei den ansässigen Gewerbebetrieben.

g) Abbrennen von Gartenabfällen

Auf erneute Anfrage von **Herrn Woldmer** wird auf das in der Anlage beigefügte Schreiben vom 13.10.1997 verwiesen. Eine Änderung der Rechtslage ist seither nicht eingetreten.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.30 Uhr.

Nach der Sitzung nimmt **Herr Bornemann** zum Tagesordnungspunkt 10 Stellung und regt eine Erweiterung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes an.

Herr Lücht verweist hierzu auf die Dezembersitzung des Rates, in der voraussichtlich nach sanierungsrechtlicher Abwägung die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Barenburg beschlossen werde.